

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Magazin Nr. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 getrennte Beitzteile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 43.

Dresden, Freitag den 21. Februar 1919.

30. Jahrg.

Kurt Eisner erschossen.

Eisner tot. — Der Attentäter schwer verletzt.

München, 21. Februar. Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Kurt Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Innern nach dem Landtagsgebäude in der Prannerstraße von dem Leutnant Grafen Arco-Valley durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

Das schwierige Verfahren.

Die rote Fahne und die linksunabhängige Presse befehligen sich jeden Tag, die Ermordung von Carl Liebknecht und Rosa Luxemburg als eine unmittelbare Folge der Regierungspolitik hinzustellen, wenn nicht gar als etwas, was in ihrer unmittelbaren Absicht gelegen hätte. Menschen, die ihre fünf Sinne noch beisammen haben und die es mit der Wahrheit halten, werden keinen Augenblick begreifen, daß die Ächtung der beiden Sozialistenführer von der Regierung und ebenso von der Sozialdemokratischen Partei als ein schweres Unglück empfunden wurde. Man kommt nicht darüber hinweg, daß bei einer Truppe, die sich der Regierung zur Verfügung gestellt hatte, derartige Schrecklichkeiten möglich gewesen sind. Der Wunsch, daß für Reinigung und Gerechtigkeit gesorgt werde, ist allgemein.

Die militärgerichtliche Untersuchung hat bisher zu keinerlei Erfolgen geführt. Als festgestellt gilt nur, daß der Jäger Runge zwei Kopfschüsse gegen das Haupt der Gefangenen Rosa Luxemburg geführt hat, doch auch diese Besten, die sich an einer wehrlosen gefangenen Frau vergriffen, sind entpurrten. Der weitere Vorgang der an Rosa Luxemburg verübten Mordtat ist nicht aufgeklärt, die Leiche noch nicht gefunden. Noch tiefer ist das Geheimnis, das den Fall Liebknecht umgibt; es wird neuerdings wieder die These verbreitet, daß Liebknecht doch bei einem Fluchtversuch erschossen worden sein könnte. Man wird aber sagen müssen, daß nichts weniger wahrscheinlich ist als dies. Auch Liebknecht war schon beim Bestehen des Autos mißhandelt worden und dadurch geschwächt, er war von einer starken Begleitmannschaft umgeben, und außerdem widerspricht ein derartiger Fluchtversuch gerade bei Liebknecht aller psychologischen Wahrscheinlichkeit.

Kein Wunder, daß die Öffentlichkeit den Aussagen der beteiligten Offiziere und Mannschaften mit dem größten Mißtrauen gegenübersteht. Leider haben sich aber die Schwierigkeiten, die sich der Aufhellung des Tatbestandes und der Verurteilung der Schuldigen entgegenstellen, geradezu als unüberwindlich erwiesen. Das liegt zum Teil vielleicht an mangelnder Rechtsordnung, zum Teil aber an der Lage des Tatbestandes selbst.

Die Untersuchung liegt in den Händen der Militärjustiz, deren Reform schon lange vor der Revolution als dringlich erkannt wurde. Den ausschlaggebenden Einfluß auf den Gang des Verfahrens übt der sogenannte Gerichtsherr, in diesem Falle der General v. Hoffmann, dessen Weisungen die Militärjustiz einfach zu folgen haben. Wenn in dem Falle Liebknecht-Luxemburg Nachlässigkeiten oder gar absichtliche Veruntüchtungen vorgekommen sein sollten, so läge die Schuld doch bei der Militärstrafprozedur und persönlich beim Gerichtsherrn.

Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß sie in ein schweres Verbrechen nicht eingreifen und niemand seinem ordentlichen Richter entziehen dürfe. Dieser Standpunkt ist nicht nur — allgemein genommen — vollkommen korrekt, sondern man kann sich auch denken, daß er für die leitenden Juristen des Reiches und Preußens, die Genossen Landsberg und Heine, wahre Herzenssache ist. Beide kommen aus der Anwaltschaft, sind berühmte Verteidiger in Strafprozessen und daher gewöhnlich ganz auf die Wahrung der Rechte von Angeklagten oder Beschuldigten eingestellt. Es ist nicht als verständlich, daß sie einer summarischen Justiz, die Angeklagte mißhandelt und Verdächtige einfach als Schuldige behandelt, aus äußerster Widerstreben. Gerade aber in diesem Falle wird sich das Volksurteil nicht bei dem Grundgesetz beruhigen wollen; es sei besser, zehn Schuldige laufen zu lassen als einen Unschuldigen zu verurteilen.

Ein erschütternder Anschlag des Verfahrens im Falle Luxemburg-Liebknecht bleibt für das Rechtsgefühl alle Zeit eine offene Wunde. Von hier aus fällt ein breiter Schatten auf die Militärjustiz und auf das Offizierskorps des benachteiligten Regiments. Das soll man in keiner Weise zu vertuschen und zu belächeln versuchen. Gelänge es dennoch, den Tatbestand aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, so wäre das eine wahre Befreiung — nicht zuletzt für die Nation, die der schreckliche Fall zu zentraler Bedeutung war, was ihr passieren konnte. Aber nicht sie war es, die die Schuldigen des Bürgerkriegs entsetzte und, wenn Kampf herausgefordert; indem es nicht um ihr persön-

liches Los, sondern um die Zukunft des ganzen Volkes geht, mußte sie und muß sie zur Waffe greifen, die ihr als nächste zur Hand liegt. Sie kann Deutschland nicht der Herrschaft des Spartakuswahnsinns überlassen aus Sorge, daß bei der Abwehr spartakistischer Angriffe einzelne Regierungsjubilaten die Grenzen des Rechts überschreiten könnten. Notwendig ist es aber auf alle Fälle, daß Ordnung in die Regierungstruppe gebracht wird in dem Sinne, daß der Untergebene seinem Vorgesetzten, also auch jeder Offizier der Regierung unbedingte Gehorsam. Wo der Gehorsam verfehlt, das Befehl übertritten wird, müssen Exempel statuiert werden.

Die Wirkungen der Kriegsernährung.

Der Dresdner Stadtarzt Dr. Dienemann sprach gestern im Presseklub des Landesgesundheitsamtes über die Wirkungen und Folgen der Kriegsernährung. Er führte aus, daß schon früher auf Einzelercheinungen der Kriegsernährung hingewiesen worden sei, so auf die Zunahme der Alterssterblichkeit 1916 und auf das Ausbrechen der Tuberkulose bei Jugendlichen 1917. Nachdem die Revolution mit aller Geheimnisträuerei aufgeräumt hat, häufen sich die Berichte über die Folgerkrankheiten der Kriegsernährung. Nach Rubner hat die Sterblichkeit infolge der Blockade 1915 um 9,5, 1916 um 14,3, 1917 um 32,3 und 1918 um 37 Prozent zugenommen. Nach Kraus ist nicht nur die geringere Quantität, sondern hauptsächlich auch die schlechtere Qualität der Nahrung von starkem Einfluß auf die Verschlechterung des Gesundheitszustandes gewesen, besonders die Einseitigkeit der Ernährung, der sich Ältere Leute nicht mehr anpassen vermochten.

Die früher für die Ernährung des Menschen als notwendig bezeichnete Menge von 3000 Kalorien sei zweifellos viel zu hoch gewesen; sie galt für den erwachsenen Arbeiter. Im allgemeinen genüge eine Durchschnittsmenge von 2100 bis 2300. Da uns im Kriege oder nur durchschnittlich 1500 Kalorien täglich in der Kopf zur Verfügung standen, ergibt sich, daß die Rationen unzureichend waren. Allerdings haben wir schon schlechtere Zeiten zu überwinden gehabt als die heutigen, so im Winter 1915/16, in dem uns nur 1020 Kalorien an rationierten Lebensmitteln zur Verfügung standen gegen 1400 bis 1500 heute.

Den Kindern hat die Kriegsernährung bis 1917 nichts geschadet; erst von dieser Zeit an machen sich auch bei ihnen gesundheitliche Nachteile und erhöhte Sterblichkeit bemerkbar. Es stellten sich Blutorum und Lungentuberkulose in erhöhtem Grade ein. Im ersten Halbjahr 1918 traten mehr Tuberkulosefälle auf als im ganzen Jahre 1913; damit sind wir in der Tuberkulosebekämpfung auf den Stand vor mehr als 25 Jahren zurückgefallen! Angenommen hat auch die Zahl der Erkrankungen an Ruhr, Unterleibsbrüchen, Gallen- und Nierenleiden sowie die Zahl der Todesfälle an Altersschwäche.

Allerdings sind diese Erscheinungen nicht ausschließlich Folgen der schlechten Ernährung, sondern auch der aus dem Belde eingehetzten Seuchen, der durch den Seifenmangel beeinträchtigten Keimlichkeit und anderer Begleiterscheinungen des Krieges. Mit dem Frieden werden auch diese Verhältnisse wieder besser werden, und wenn sich die Ernährungslage nicht noch weiter verschlechtert, dann besteht kein Anlaß zur Hoffnungslosigkeit.

Notwendig sei es, den Folgerkrankheiten der Kriegsernährung entgegenzuwirken durch abgekürzte Arbeitszeit, Pausen zur Erholung, längeren Schlaf. Nach der Überwindung aller dem Friedensschluß noch entgegenstehenden Hemmnisse wird es uns möglich sein, die Wirkungen der Blockade wieder zu überwinden und die Folgen der Kriegsernährung auszubleiben.

Der Spartakusterror im Ruhrrevier.

Im Ruhrrevier haben die Bemühungen, den gesamten Vergeltung stillzusetzen, nicht den von den Spartakisten erhofften Erfolg erreicht. Nach den neuesten Meldungen lagen gestern von 250 Schächten 100 still und von der Gesamtbelegschaft sind etwa 70000 Mann im Ausstand. Zu neueren Meldungen wird der Generalfreist als gescheitert bezeichnet. Die Arbeiterblätter sowie die Eisenarbeiterzeitung und das Bochumer Volksblatt fordern die Arbeiter auf, sich gegen den Terrorismus der Spartakisten zur Wehr zu setzen. Dort, wo das geschehen sei, hätten die Arbeiter ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. In Gelsenkirchen sind fünf Hauptverführer der Spartakisten verhaftet worden. Pannhof und Polizeigebäude wurden von Regierungstruppen gesichert. Arg ist es in Bottrop zugegangen, gegen das die Spartakisten mit schwerer Artillerie vorgegangen sind. Gegen diese Stadt war eine dreitausend Mann starke Spartakistentruppe vorgezogen. Bottrop ist jetzt vollständig von den Spartakisten besetzt. Das Rathaus ist ganz in Trümmer gelegt. Bei den Kämpfen hat es fünfzehn Tote gegeben. Bürgerwehr, Polizei, 60 Verteidiger der Stadt und etwa 300 Bürger wurden, weil sie sich zur Wehr gesetzt haben, nach Sterade abgeführt. Regierungstruppen sind nach Bottrop mit Artillerie, Minenverlegern und Maschinengewehren unterwegs. Eine Abteilung dieser Truppen

ist in dem Orte Marl zurückgeblieben, um die Arbeitsaufnahme der Juche Brauerei, deren Belegschaft durch Abstellung der Ventilation zur Ausfahrt gezwungen war, wieder zu ermöglichen. In Düsseldorf ruht die Arbeit vollständig. Der Volksrat will die Arbeitslosen am Kampfe gegen die Regierung teilnehmen lassen. Die Familien der Kampfteilnehmer sollen Kriegsernährung erhalten und die Arbeitgeber sollen gezwungen werden, auch für die Streiktagel Unterstützung zu zahlen. Die Unruhen in Elberfeld haben im ganzen acht Menschenleben gefordert. Die Gesamtzahl der Verletzten beträgt dort 30. Im ganzen Ruhrrevier wird, wie man aus Elfen berichtet, das Eintreffen der Regierungstruppen mit Ungebuld erwartet.

Generalfreist in Gotha.

Gotha, 21. Februar. Als Protest gegen den Generalfreist erfolgte gestern um 11 Uhr die Einstellung des gesamten Geschäftsbetriebes einschließlich für Lebensmittel, der Banken, Kassen, Kerkle, Postämtern und Bahndrähte. Diese Maßnahme wird erst aufgehoben, sobald der Generalfreist eingestellt sein wird.

Gotha, 20. Februar. Zwischen dem Kommando der Reservegruppen und den Arbeiter- und Soldatenräten finden Verhandlungen statt. Die Räte haben einen Teil ihrer Machtbefugnisse abgelegt, doch weigern sie sich, zurückzutreten. Der Generalfreist wurde durchgeführt. In der Stadt herrscht Ruhe.

Ausbreitungen bei einer Demonstration.

Hof, 20. Februar. Bei einer Kundgebung wegen der Nahrungsmittel- und Kohlennot zogen gestern Soldaten und Arbeitslose zum Rathaus und hielten den Oberbürgermeister Reubert heraus, der gefesselt im Zuge mitgehen mußte. Dann schleppten sie vom Hofe Anzeiger des Hauptredakteur mit fort. Beim Oberbürgermeister hielt die Menge eine Hausdurchsuchung nach Nahrungsmitteln ab, aber vergebens.

Ein Geisteskranker als A. R.-Vorstandsmittglied.

Weimar, 21. Februar. Die Verhaftung des Vorstandsmittgliedes des Weimarer Arbeiterrates Bindemann ist wegen Verdachts des verbotenen Hochverrats erfolgt. Die Anordnung dieser Verhaftung ist von Berlin aus getroffen worden. Bindemann wurde bereits dem vernehmenden Richter zugeführt und anschließend über die gegen ihn erhobene Anschuldigung gehört. Man hat es bei Bindemann wahrscheinlich mit einem Geisteskranken zu tun, denn er ist wegen Geisteskrankheit aus dem Heere entlassen worden und hat sich wiederholt damit gebrüht, er könne tun, was er wolle. Strahllosigkeit nach 8 1/2 Jahren steht sicher. Die Unabhängigen und Kommunisten stehen aber tief unter dem Einfluß dieses gefährlichen Mannes und haben in der Stadt versucht, ihn aus der Haft zu befreien. Der Versuch ist mißglückt.

Polnische Ziele.

Prag, 21. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Petit Journal interviewte General Haller, den Oberbefehlshaber der polnischen Truppen, über die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den Polen und den Deutschen. Der General sagte, daß diese vom polnischen Standpunkt aus keinerlei Einfluß auf die künftige Grenze Polens ausüben könnten. Diese Grenze, fuhr er fort, gehe bekanntlich über Warschau, südlich von Lublitz, südlich von der Oder und laufe Breslau, das vollständig germanisiert ist, bis nach Deutschland, und gehe dann weiter östlich von Bissa über Opava.

Die Tschechen rüsten.

Die Telegraphen-Union meldet: Die Meldungen über tschechische Truppentransporte von Prag in der Richtung auf die Großstadt Olav und das Waldenburger Kohlenrevier haben sich bestätigt. Die Stärke des gesamten verwendungsbereiten tschechischen Heeres wird auf mindestens 150000 Mann geschätzt. Die Fabrikation und andre Waffen- und Munitionsfabriken arbeiten rege für das tschechische Heer. Außerdem erhalten die tschechischen Waffen und Munition aus Frankreich. Die 5. und 6. tschechoslowakische Legion sind aus Frankreich und Italien, wo sie gegen die Kämpfer, in der Heimat eingetroffen und gehen mit Recht als Elitegruppen. Wichtige Kommandostellen im tschechischen Heer sind von französischen Offizieren besetzt.

Eine gescheiterte Hoffnung.

Die Bolschewiki lehnen die Einigung ab.

Die Telegraphen-Union meldet aus Stockholm: Nach einer Information der Fremden Presse ist die Einigungsverhandlung zwischen den Bolschewiki und Sozialrevolutionären ergebnislos, weil die Forderungen der Verhandlungspartei, nämlich die Intervention der Entente, sich immer mehr als ein Zwangspunkt erwies. Die bolschewistische Presse behauptet, daß die Allierten gar nicht an eine Erweiterung ihrer Intervention denken und daß die Sozialrevolutionäre nur eine Befehls- oder Auftragsarmee sind, um unter nationaler Fassade wieder in die Revolution hineinzukommen. Die Wäster erklären, daß die Entente immer wieder eine Verständigung mit der Sowjet-Republik anstrebt und daß die Sowjet-Regierung die unzähligen diebezüglichen Notizen der Entente demnach veröffentlicht werden.